

Dogmen 8 - Keynesianismus: Krisen, Geld und Staat

John Maynard Keynes (1883-1946)

„General Theory of Employment, Interest and Money“ (1936)

Keynes zweifelt an der Selbstregulierungsfähigkeit der Wirtschaft

(Weltwirtschaftskrise nach dem 25.10.1929)

- Nach Auffassung der Neoklassik stellt sich auf den Märkten immer wieder ein **Gleichgewicht** ein (Saysches Theorem).
Kapitalmarkt: Der **Zinsmechanismus** schafft ein Gleichgewicht zwischen **Sparen und Investieren**.
> *Das ermöglicht die Selbstregulation im...>*
Gütermarkt: Der **Preismechanismus** schafft ein Gleichgewicht zwischen **Produktion und Konsum**.
> *Das ermöglicht die Selbstregulation im...>*
Arbeitsmarkt: Der **Lohnmechanismus** schafft ein Gleichgewicht zwischen **Arbeitskräften und Arbeitsplätzen**.
- Nach Keynes war aber die Weltwirtschaft aufgrund einer **immanenten Kreislaufschwäche** kollabiert und braucht eine Behandlung, die den Kreislauf wieder anregt und stabilisiert.

Keynes nimmt den Kapitalmarkt unter die Lupe

Korrektur der Konsum-/Spartheorie

- Sparen ist **nicht** in erster Linie vom **Zins** abhängig, wie die Neoklassik behauptet, **sondern** vor allem vom **Einkommen**: nämlich das, was davon nach dem Konsum übrig bleibt.
- Dann können die Veränderungen des Zinses auch **nicht** immer wieder automatisch das Gleichgewicht zwischen Sparen und Investieren herstellen und also auch **nicht** das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum.
- Der Konsum nimmt zwar mit **wachsendem Einkommen** absolut zu, aber relativ ab. Die **Konsumquote sinkt**, hingegen **wächst** die **Sparquote**.

- Übertragen auf die *Volkswirtschaft*:
Mit wachsendem Volkseinkommen nehmen die Konsumausgaben zwar absolut zu, aber relativ ab. Hingegen wird ein immer grösserer Teil des Volkseinkommens gespart.
- Die Konsumlücke müsste mittels entsprechenden *Investitionen* gefüllt werden.

Korrektur der Investitionstheorie

- *Schwankende Investitionen*: Investitionen sind *nicht* in erster Linie vom *Zins* abhängig, *sondern* von den zukünftigen *Renditeerwartungen*, die selber wieder *nicht* von objektiven *Daten*, *sondern* von subjektiven *Stimmungen* geprägt sind.
- In einer oder in Erwartung einer *Krise* wird auch ein niederer Zins die Unternehmer *nicht* zu *Neuinvestitionen* verleiten.
- *Investitionsgrenze*: Um in einer hoch entwickelten Wirtschaft Produktion und Konsum weiter anwachsen zu lassen, müssen *immer mehr Investitionen* getätigt werden, wodurch *immer mehr Güter und Ressourcen* verbraucht werden müssen. Mit zunehmenden Investitionen steigen zwar die Gewinne noch, aber die Gewinnsteigerungen nehmen ab. (*abnehmende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals*)
- Sinken die Renditen/Erwartungen unter den Kreditzins, unterbleiben weitere Investitionen. Die *Investitionslücke* löst einen gesamtwirtschaftlichen *Nachfragemangel* aus, wodurch die Wirtschaft in eine *Abwärtsspirale* gerät (endogene Krise).

Liquiditätspräferenztheorie

- Anders als in der Neoklassik kann bei Keynes das Einkommen *nicht nur* für *Konsum* oder *Sparen* (Investieren) *sondern auch* zur *Spekulation* verwendet werden. Das *Geld* als das Mittel mit der *höchsten Liquidität* kann jederzeit für den Kauf von Vermögenswerten aller Art eingesetzt werden.
- *Spekulationsmotiv*: Das Halten von Liquidität verleiht die Dispositionsfreiheit, im günstigen Augenblick Spekulationsobjekte zu kaufen, um sie mit möglichst hohem Gewinn wieder zu verkaufen.

- **Liquiditätspräferenz:** Geld wird *umso mehr* als **Liquidität** gehalten, *je niedriger* der **Zins** für Geldanlagen ist. Ein sinkender Zins regt also *nicht* den **Konsum** (und damit die Investition) an, *sondern* die **Spekulation**.
- Das in die Spekulation abfliessende Geld reisst ein mehr oder weniger grosses **Loch in den Produktions-Einkommens-Kreislauf**, weil es darin erst einmal nicht nachfragewirksam sein kann.
- **Liquiditätsfalle:** Auch ein verstärkter Geldzufluss mittels Senkung der Leitzinsen durch die Zentralbank würde gleich wieder in die Spekulation gelenkt.

Kritik der Arbeitsmarkttheorie

- Falls das gesamtwirtschaftliche **Gleichgewicht** nicht automatisch über die Nachfrageseite wieder hergestellt wird, dann – gemäss neoklassischer Theorie. – *über die Angebotsseite* : Vorübergehende Arbeitslosigkeit würde durch den Lohnmechanismus am Arbeitsmarkt, d.h. ein Sinken des Gleichgewichtslohnes, wieder zum Verschwinden gebracht.
- Keynes widerspricht: Erstens würden sich die **Gewerkschaften** gegen eine Lohnsenkung wehren. Zweitens würden Lohnsenkungen die **Kaufkraft** schwächen. Folge wäre eine *noch grössere Lücke* in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die durch *noch mehr Investitionen* aufgefüllt werden müsste.
- Dazu würde es aufgrund privatwirtschaftlicher Gewinninteressen nicht kommen: **Lohnsenkungen verstärken die Kreislaufstörung** und bauen sie nicht ab.

„Keynesianische Revolution“

- **Keine Selbstregulierung/Selbstheilungskräfte:** Keynes zieht die Konsequenz, dass man den in die Krise geratenen Kapitalismus nicht seinen eigenen Mechanismen überlassen darf, um die Krise zu überwinden.
- Entgegen der neoklassischen Auffassung, dass Sparen die Voraussetzung für Investition und Wirtschaftswachstum sei, bewies Keynes das Gegenteil: In Zeiten von Arbeitslosigkeit schaffe *nicht höheres Sparen, sondern höherer Konsum* die Voraussetzung, die Krise zu überwinden.

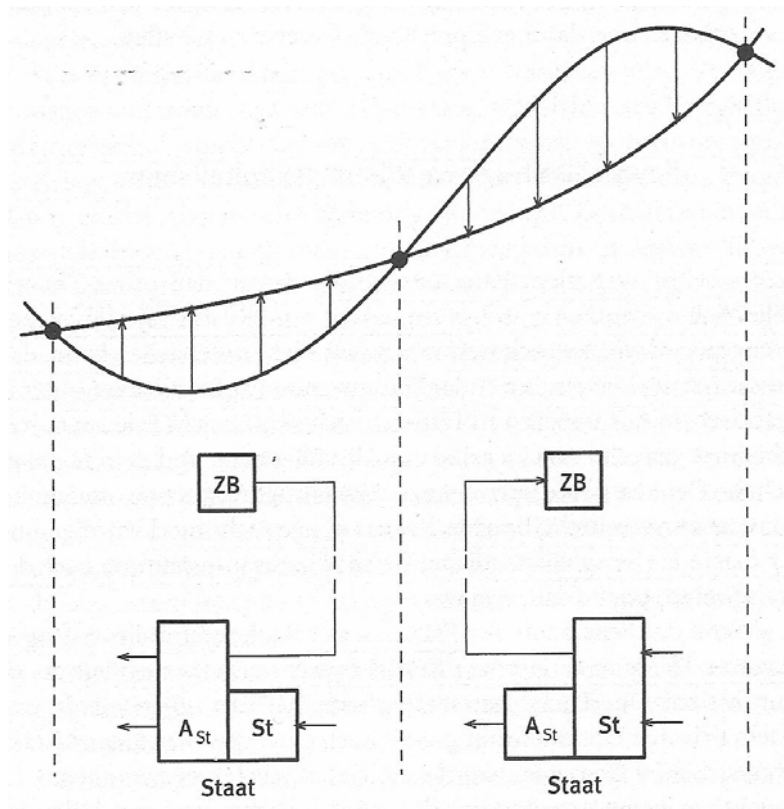
Keynessche Beschäftigungspolitik

- „**Konjunkturspritze**“: In Zeiten wirtschaftlicher Depression muss **zusätzliche Nachfrage** durch **staatliche Aktivität** geschaffen werden. Wirkungen: Sozialprodukt wächst – Arbeitslosigkeit geht zurück – Einkommen nehmen zu – Konsum wird angekurbelt.
- „**Multiplikator**“: Im Wirtschaftskreislauf ergibt sich über mehrere Runden ein Vielfaches an zusätzlicher Nachfrage – Beschäftigung – Einkommen.
- Abhängigkeit von der **Konsumquote**: Je höher die Konsumquote (der zusätzlichen Einkommen), desto langsamer klingen die Wirkungen einer Konjunkturspritze ab – je geringer die Konsumquote, desto schneller lassen die Wirkungen nach.

Keynessche Fiskalpolitik

- Finanzierung der staatlichen Konjunkturankurbelung:
 - Steuern
 - Verschuldung
 - Geldschöpfung
- **Gegensteuerung**: Wenn Konjunkturspritzen und Multiplikatoreffekte die Wirtschaft so auf Touren bringt, dass die Nachfrage über das bei Vollbeschäftigung erzeugte Sozialprodukt hinaus steigt und Inflation entsteht oder droht, muss der Staat gegensteuern, d.h. die Konjunkturspritzen absetzen und die Nachfrage vermindern.

- „Antizyklische Konjunktur- und Fiskalpolitik“



(Senf 223)

Die blinden Flecken des Keynesianismus

- schleichende Inflation
- süchtiger Kapitalismus
- wachsende Staatsverschuldung